

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
13.10.2021
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Michael Schirmer
Telefon-Nr.
02202-141356

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 31.08.2021

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 21:17 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.06.2021 - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 08.06.2021 - öffentlicher Teil**
0235/2021
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0458/2021
- 7 Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0490/2021
- 8 InHK Bensberg | hier: Freianlage rund um den Deutschen Platz - Beschluss zur Entwurfsplanung**
0476/2021
- 9 Vorstellung der Zwischenergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Neubau der Feuerwache 2**
0470/2021
- 10 Raumprogramm für den Neubau der Feuerwache 2**
0471/2021
- 11 Prüfauftrag zur Errichtung eines Spielplatzes in Refrath (Refrather Westen)**
0202/2021
- 12 Ersatzbeschaffung von zwei Transportern mit Heckkipperpritsche für die Stadtreinigung**
0487/2021
- 13 Ersatzbeschaffung eines Hochdruckspül- und Saugfahrzeugs für das Abwasserwerk**
0489/2021
- 14 Anregung vom 07.08.2020, Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern kostenlose Müllsäcke für Windeln zur Verfügung zu stellen**
0446/2021
- 15 Anträge der Fraktionen**
 - 15.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.04.2021 - Mehr Sauberkeit in der Fußgängerzone Stadtmitte**
0475/2021
 - 15.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2021 zu nachhaltigen Kraftstoffen für städtische Fahrzeuge**
0412/2021
 - 15.3 Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 25.05.2021 auf Erweiterung der Angebote des Wertstoffhofes**
0450/2021
 - 15.4 Antrag der AfD-Fraktion vom 28.06.2021 zum Vergleich Ersatzinvestitionen mit Instandhaltungskosten**
0440/2021
 - 15.5 Antrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2021 - Abfallbehälter und Hundekotbeutelspender in Naherholungsgebieten**
0474/2021
 - 15.6 Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 19.07.2021 zur regelmäßigen und**

häufigeren Entleerung der Altkleidercontainer in Bergisch Gladbach
0485/2021

15.7 Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 19.07.2021 zur Einführung des städtischen Förderprogramms "Urbanes Grün"
0486/2021

15.8 Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 26.07.2021 zur kostenfreien Annahme von Einwegwindeln/Windelbeuteln am Wertstoffhof
0498/2021

15.9 Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere Klimawandelfolgen"
0501/2021

15.10 Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept
0499/2021

15.11 Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 14.08.2021 zur Errichtung von Hundekotbeutel Spendern
0504/2021

15.12 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2021 zum städtischen Fuhrpark
0503/2021

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

16.1 schriftliche Anfragen

16.1.1 Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 22.03.2021 zur alten Eiche in der Frankenstraße
0418/2021

16.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.06.2021 zur Anschaffung von zwei städtischen Elektro-Lastenfahrrädern zum Gesamtpreis von 34.000 €
0445/2021

16.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.07.2021 zur Ausschreibung des Bodenbelages (Naturstein aus Granit) für die Schloßstraße
0472/2021

16.1.4 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.08.2021 zur Regenwassernutzung und Regenwasserrückhaltung
0506/2021

16.2 mündliche Anfragen

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Wagner eröffnet um 17.00 Uhr die 4. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der 10. Wahlperiode. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Für Herrn Lucke (CDU-Fraktion) nimmt Herr Kraus an der Sitzung teil. Herr Boschen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) wird durch Frau Außendorf und Frau Dr. Steinmetzer (ebenfalls Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) durch Herrn van Loon vertreten. Für Herrn Freitag (Fraktion Freie Wählergemeinschaft) nimmt Herr Wirges an der Sitzung teil.

Sodann wird unter Verlesung des Verpflichtungstextes Herr van Loon in feierlicher Form zur gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Damit ergibt sich folgende Zusammensetzung des Ausschusses:

Für die CDU-Fraktion

Herr Dr. Bothe
Herr Butz
Frau Casper
Herr Hildner
Herr Kraus
Herr Wagner

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bacmeister
Frau Außendorf
Herr Kirch
Frau Rickes
Herr van Loon

Für die SPD-Fraktion

Herr Ebert (bis 20.33 Uhr)
Frau Mohr
Herr Zalfen

Für die FDP-Fraktion

Herr Müller-Wasmuth

Für die AfD-Fraktion

Herr Dr. Waniczek

Für die Fraktion BÜRGERPARTEI GL

Herr Samirae

Für die Fraktion Freie Wählergemeinschaft

Herr Wirges
Für den Inklusionsbeirat

Frau Kaul

Der Vorsitzende Herr Wagner weist darauf hin, dass nicht mehr zwingend Gesichtsmasken getragen werden müssten und für die Ausschussarbeit neue Regelungen gelten.

Weiter macht Herr Wagner auf zwei Änderungsanträge der Ampel und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft zu **TOP Ö 10: Raumprogramm für den Neubau der Feuerwache 2** aufmerksam, die als Tischvorlagen verteilt wurden.

Die zu **TOP Ö 9: Vorstellung der Zwischenergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Neubau der Feuerwache 2** angekündigte Tischvorlage habe nicht fertiggestellt werden können. Von der Verwaltung stehe Herr Mai für Rückfragen zur Verfügung.

Herr Ebert beantragt, alle Tagesordnungspunkte zum Thema Hochwasser in die Ausschusssitzung am 26.10.2021 zu vertagen. In einer dieser Vorlagen sei auf die Komplexität der Thematik hingewiesen worden. Dieser Vertagungsantrag wird bei der Gegenstimme der AfD-Fraktion sowie fünf Enthaltungen aus der CDU-Fraktion mehrheitlich beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 08.06.2021 - öffentlicher Teil

Die Genehmigung erfolgt ohne Wortmeldung einstimmig.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 08.06.2021 - öffentlicher Teil *0235/2021*

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Wagner trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Flügge bedankt sich eingangs bei allen Kräften, die bei der Hochwasserkatastrophe Mitte Juli unmittelbar geholfen haben, sehr herzlich.

Herr Köhler trägt zum Hochwasserereignis vor.

Es sei damit gerechnet worden, dass die Regenzelle nur eine bestimmte Größe und Dauer habe. An diesem Mittwoch wurde im Laufe des Tages mittels App festgestellt, dass sich hier ein wesentlich intensiveres Ereignis gebildet habe, sodass die Einsatzleitung bereits vormittags aktiviert wurde. Es seien sämtliche Bäche im Stadtgebiet über ihre Ufer getreten. Durch die Regenfälle am Vortag war der Untergrund bereits gesättigt, sodass der Regen nunmehr oberflächlich ablief. Der Stab für außergewöhnliche Ereignisse zur Koordinierung wurde einberufen. Auswärtige Hilfskräfte konnten aber nicht akquiriert werden; es mussten sogar eigene Kräfte abgestellt werden. Die neuralgische Infrastruktur im Stadtgebiet (Telefon- und Stromnetz) konnte weitgehend aufrechterhalten werden. Das Stromnetz musste jedoch in Einzelfällen temporär abgestellt werden, weil Keller soweit vollgelaufen waren, dass von Sicherungskästen eine unmittelbare Gefahr für Leib und Le-

ben ausging. Auch musste ein Altenheim an der Hammermühle evakuiert werden. Am schlimmsten betroffen war das Gebiet östlich der Odenthaler Straße. Festzuhalten sei es, dass derartige Ereignisse auch in Zukunft weder Material- noch vor allem Personalmäßig komplett beherrscht werden können. Die Bevölkerung müsse daher noch weiter zur Selbsthilfe ertüchtigt werden.

Herr Wagner (Verwaltung) greift den Vorschlag von Herrn Ebert auf, wonach in der nächsten Sitzung das Ereignis umfassend aufbereitet und verbreitete Missverständnisse ausgeräumt werden können, z. B. dass Regenrückhaltebecken nicht dem Hochwasserschutz dienen, sondern rein aus ökologischen Gesichtspunkten errichtet wurden. Die vom Kreis erarbeiteten Starkregenkarten dürften bis dahin vorliegen und könnten gezeigt werden. Basierend darauf müsse künftig nachgedacht werden, wie die Gesamtgesellschaft, auch unterstützt durch viele Abteilungen der Verwaltung, mit derartigen Ereignissen umgehen soll. Am Beispiel des Hebborner Baches stehe aber zu befürchten, dass das nächste Starkregenereignis wieder zu Überschwemmungen und Schäden an den Gebäuden führen wird. Hier werden die Anlieger letztlich mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen. Grenzen für Verbesserungen würden durch örtliche Gegebenheiten, aber auch finanziell gesetzt.

Auch Vorsitzender Wagner bedankt sich bei allen Beteiligten.

Herr Dr. Waniczek weist im Zusammenhang mit der Hochwasserkartierung darauf hin, dass er einige Tage vorher den Zukunftsausschuss des Kreises besucht habe, wo eine sehr umfangreiche Kartierung, die fast fertiggestellt ist, präsentiert wurde. Um hierbei eine Doppelarbeit zu verhindern, fragt er, ob diese Karten bekannt seien.

Herr Wagner (Verwaltung) bejaht dies mit dem Hinweis, dass die Stadt Bergisch Gladbach sogar kostenmäßig an der Erstellung der Karten beteiligt sei. Beschlusslage sei, dass die Stadt die Karten verwenden wird. Es müsse aber noch gewartet werden, bis der Kreis dieses Kartenmaterial veröffentlicht.

Er berichtet über anlässlich einer Abschaltung der Zanders-Grundwasserpumpen notwendig gewordene Pumpversuche in der Innenstadt. Daraus seien Erkenntnisse gewonnen worden, inwieweit gepumpt werden müsse, ohne dass Keller, Tiefgaragen usw. in der Innenstadt unter Wasser stehen. Über diese Pumpversuche hinaus muss augenblicklich nicht weiter gepumpt werden, da der Insolvenzverwalter die Zanders-Pumpen aus Reinigungsgründen noch in Betrieb hält. Die Ergebnisse der Versuche werden dem Rheinisch-Bergischen Kreis vorgelegt. Mit diesem müsse dann über eine genehmigungsfähige Dauerlösung beraten werden.

Herr Nollen teilt den Sachstand zum Bürgerwald an der Schnabelsmühle mit, der am Tag der Deutschen Einheit von Bürgermeister Stein eingeweiht wird.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0458/2021

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0490/2021

Ohne Wortmeldungen wird auch diese Mitteilung zur Kenntnis genommen.

8. **InHK Bensberg | hier: Freianlage rund um den Deutschen Platz - Beschluss zur Entwurfsplanung**
0476/2021

(Der Planungsausschuss entscheidet in seiner Sitzung am 21.09.2021.)

Nach einer Einleitung Herr Nollens trägt Herr Oberreuther anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation war der Einladung beigelegt.

Unter Beifall des Ausschusses bedankt sich Vorsitzender Wagner für den Vortrag.

Frau Kaul möchte wissen, ob an der mit 13 % größten Steigung an den vorgesehenen Sitzgelegenheiten auch Platz für Rollstühle, Rollatoren oder Kinderwagen angeboten würden. Dies wird von Herr Oberreuther verneint. Er nehme den Hinweis Frau Kauls auf, dass gerade an dieser Stelle eine barrierefreie Möglichkeit wichtig sei und sagt eine erneute Prüfung zu.

Frau Casper fragt nach den Erfolgsaussichten des bis September 2022 zu stellenden Fördermitelantrags. Dazu berichtet Herr Oberreuther, die Anmeldung bei der Bezirksregierung sei erfolgt; der Stadt sei volle Rückendeckung zugesichert worden. Die Maßnahme sei etwas teurer geworden als ursprünglich geplant. Dabei sei aber auch die Teuerung seit 2016 zu berücksichtigen.

Herr Zalfen begrüßt die Planung und hofft auf eine ähnlich gute Annahme durch die Bevölkerung wie die des Stadtgartens.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Planungsausschuss

1. nimmt die Entwurfsplanung der Stadtverwaltung zustimmend zur Kenntnis
2. und beschließt die Ausführung dessen vorbehaltlich der Zustimmung des Fördermittelgebers.

9. Vorstellung der Zwischenergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Neubau der Feuerwache 2
0470/2021

Herr Köhler erläutert die Vorlage. Ergänzend verweist er auf das Ergebnis der Prüfung einer Vorkaufsrechtssatzung, die dieser Niederschrift als *Anlage 1* beigelegt ist.

Frau Bacmeister vermisst die ausführliche schriftliche Vorlage zum Vorkaufsrecht, nach der ihre Fraktion gefragt habe. Herr Köhler erklärt, die schriftliche Vorlage werde der Niederschrift beigelegt.

Mit diesen Anmerkungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

10. Raumprogramm für den Neubau der Feuerwache 2
0471/2021

Herr Köhler stellt Herrn Mandt (VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH) vor und erläutert einleitend die Vorlage.

Herr Mandt trägt anhand der Präsentation vor.

Vorsitzender Wagner bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag.

Herr Kirch kritisiert den zunehmenden Flächenverbrauch bei der Planung der Feuerwache auf fast 10.000 m². Er halte es für erschreckend, dass in 15 Jahren Suche kein anderes geeignetes Grundstück gefunden worden sei. Gleichwohl müssten die getroffene Wahl akzeptiert und die Probleme an der Feuerwache Nord anerkannt werden. Beide Feuerwachen wären in ihrem jetzigen Zustand in der Zukunft nicht mehr wirklich einsatzfähig. Daraus resultiere der Änderungsan-

trag der Ampel, der dieser Niederschrift als *Anlage 2* beigefügt ist. Dieser Änderungsantrag beinhaltet, dass

1. die Verwaltung beauftragt werde, zur weiteren Planung das Raumprogramm „Stammwache“ inklusive der Module F 3, F 11, F 1 und F 4 zugrunde zu legen, sofern die Machbarkeitsstudie weiterhin keine harten Planungsschranken aufzeige;
2. der Rettungsdienst mit einem RTW und einem NEF auf der bisherigen Feuerwache 2 verbleibe;
3. die Rettungsmittel der Feuerwache Refrath auf der neuen Feuerwache 2 stationiert würden;
4. die KTW zukünftig auf der Rettungswache Refrath stationiert würden;
5. alle übrigen Module auf der FRW 1 verbleiben und dem Stand der Technik sofern räumlich möglich angepasst würden;
6. zur Schaffung der zu 5. nötigen Flächen auf der Feuerwache Nord die Verwaltung mit drei näher ausgeführten Aufgaben zu beauftragen.

Herr Kraus beantragt die Vertagung dieses Punktes u. a. wegen der umfangreichen Änderungsanträge. Der CDU-Fraktion sei es nicht möglich gewesen, sich in der kurzen Zeit ein vollumfängliches Bild von den Anträgen und ihren Auswirkungen zu machen. Weiter zeige der Veraltungsentwurf eine deutliche Vergrößerung der in Anspruch zu nehmenden Fläche. Dadurch würde eine neue Bürgerbeteiligung erforderlich. Er fragt nach der Höhe der Kostenunterschiede der unterschiedlichen Modellvarianten und lobt die Vorlage der Verwaltung; die Struktur sei nachvollziehbar. Mit dem Änderungsantrag würden zusätzliche zu versiegelnde Standorte gefordert.

Herr Ebert lehnt eine Vertagung ab und verweist sowohl auf die vorgetragene Begründung zum Änderungsantrag als auch auf die seit vier Jahren geführte Diskussion um die Feuerwache. Bisheriges Ergebnis sei, dass für die Feuerwache das absolut Notwendige mit einem möglichst geringen Flächenverbrauch getan werde. Das Vorhaben sei entscheidungsreif; der Planungsprozess beginne mit Abschluss der Machbarkeitsstudie und des Raumprogramms.

Herr Wirges begründet den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (*Anlage 3*), der die Flächenausweitung für die Feuerwache am Bürger vorbei ebenfalls zu weit gehe. Er sei für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Zalfen erinnert daran, dass die Feuerwache 1 auf einer Müllkippe errichtet wurde, die ständig in Bewegung sei. Aus dem Gutachten würden sich die Module ergeben, für die ein Platz gefunden werden müsse. Der Vorschlag der Ampel umfasse viel aus dem Bereich des Ehrenamtes. Ehrenamtliche Standorte würden gestärkt. Der Flächenbedarf wurde deutlich reduziert.

Herr Ebert verweist auf mehrere Bürgerbeteiligungen im Zusammenhang mit dem Standort der Feuerwache Süd. Jeder Standortvorschlag sei von der Feuerwehr aufgenommen und untersucht worden. Heute würde nicht die Frage des Grundstückes, sondern die Umsetzung eines Raumprogramms auf dem ausgewählten Grundstück beraten. Möglichst wenig Wald zu roden sei als Auftrag aus der Bürgerschaft mitgenommen worden. Die freiwilligen Feuerwehren sollten dezentral an ihren Einsatzorten untergebracht werden. Werde diese Frage gelöst, gebe es keine Probleme mehr in der Feuerwache 1. Er beantragt, vom Beschlussvorschlag der Verwaltung nur über den letzten Satz abzustimmen.

Herr Köhler sieht zum vorgeschlagenen Grundstück für die Feuerwache 2 keine Alternative. Auf vielen der sonst vorgeschlagenen Flächen stünden ebenfalls Bäume. Es gebe keine asphaltierte Fläche mit einer Größe von 6.000 m², auf der die Feuerwache 2 errichtet werden könne.

Eine Entscheidung über Anbauverbote werde durch Straßen NRW erst aufgrund konkreter Planungen getroffen. Wald und Holz wird mit dem Verkaufserlös an anderer Stelle Wald arrondieren. Auch im B-Planverfahren müssen nochmals Umweltbelange geprüft werden. Ausgleichspflanzungen wären verpflichtend. Er bestätigt auf Anfrage Herrn Müller-Wasmuths, dass er mit dem im Änderungsantrag der Ampel geforderten Raumprogramm gut leben könne.

Herr Dr. Waniczek erinnert an den Beschluss zum InHK/Deutscher Platz. Der einstimmige Beschluss beinhaltet auch die Fällung großer Bäume, gegen die kein Widerspruch erhoben worden sei. Bei der Neugestaltung gehe es nicht um Daseinsvorsorge. Vor diesem Hintergrund verstehe er die Diskussion um die Baumfällungen für die Feuerwehr nicht.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende Beschlüsse und Beschlussempfehlungen:

1. (mehrheitlich mit 10 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜRGERPARTEI GL gegen 7 Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion)

Die Vertagungsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (Änderungsantrag vom 26.08.2021) werden abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit 10 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜRGERPARTEI GL gegen eine Stimme der AfD-Fraktion bei 6 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Dem Änderungsantrag der Ampel vom 30.08.2021 wird zugestimmt.

3. (einstimmig bei sieben Enthaltungen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion)

Die Machbarkeitsstudie wird mit dieser Konkretisierung des Flächenbedarfs auf Plausibilität überprüft und um die Untersuchungen zum Thema „Immission und Emission“ erweitert.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Herr Wagner verzichtet der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung auf die Einlegung einer Pause.

11. Prüfauftrag zur Errichtung eines Spielplatzes in Refrath (Refrather Westen) 0202/2021

Herr Nollen trägt zunächst den im Jugendhilfeausschuss am 17.06.2021 über den Beschlussvorschlag der Verwaltung hinausgehenden Beschlussvorschlag vor (einstimmig bei vier Enthaltungen):

Der Beantwortung des Prüfauftrags durch die Verwaltung wird zugestimmt.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, nach einer alternativen Fläche zu suchen, idealerweise zwischen „In der Auen“ und „Wald“.

Er möchte wissen, ob ein weiterer Prüfauftrag erteilt wird oder ob der Vorbehalt der Realisierung in der alten Marktstraße bestehen bleibt und kein weiterer Prüfauftrag erfolgt.

Herr Müller-Wasmuth möchte dem Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses folgen, da nicht zu erwarten sei, dass der Bebauungsplan „Alte Marktstraße“ zeitnah umgesetzt werde.

Herr Nollen ergänzt, der Beschluss eines neuen Prüfauftrags bedeute ein neues Projekt. Mit dem Fachbereich 5 (Jugend und Soziales) sei abgestimmt, dass bis zu einem weiteren konkreten Maßnahmebeschluss die Federführung bei Fachbereich 5 liege. Nach dem Maßnahmebeschluss nach der Entscheidung für eine Fläche für die Anlage eines Spielplatzes würde 8-67/StadtGrün die Federführung übernehmen.

Vorsitzender Wagner verweist darauf, dass dem Ausschuss die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses und die daraus resultierenden Konsequenzen nicht vorlägen. Er schlägt daher vor, die Entscheidung zu vertagen und für die nächste Sitzung dieses Ausschusses eine neue Vorlage zu erstellen.

Herr Zalfen schlägt vor, dass der Rat die Entscheidung an sich ziehe und möchte wissen, ob die Erstellung einer Vorlage für die nächste Ratssitzung (= 05.10.2021) möglich sei. Dann sei der Abstand bis zur nächsten Sitzung dieses Ausschusses (= 26.10.2021) nicht so groß. Herr Nollen erklärt, die Erstellung einer neuen Vorlage sei zur Ratssitzung machbar.

Sodann fasst der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Umwelt folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat zieht die Entscheidung an sich.

12. Ersatzbeschaffung von zwei Transportern mit Heckkipperpritsche für die Stadtreinigung

0487/2021

Vorsitzender Wagner macht auf die Möglichkeit aufmerksam, Lastenfahrrad und Heckkipperpritsche im Innenhof zu besichtigen.

Herr Zalfen verweist auf die Zusage Herrn Zenz' Vertreter im Arbeitskreis, eine Kalkulation auf der Grundlage eines vierjährigen Leasings nachzureichen. Im Arbeitskreis wurde die Vermutung geäußert, dass in den nächsten vier Jahren die benötigten Fahrzeuge auch elektrisch betrieben angeboten würden. Diese Kalkulation liege noch nicht vor.

Dazu erklärt Herr Zenz, ein Umstieg von einer achtjährigen auf eine vierjährige Abschreibung würde zu einer Verdopplung der Raten führen. Das Fahrzeug würde dann veräußert oder einer anderen Nutzung zugeführt. Es müsste ein weiteres Fahrzeug gekauft und die zweifachen Herstellungsemissionen berücksichtigt werden. Grundsätzlich wäre die gewünschte Vorgehensweise natürlich möglich.

Frau Bacmeister möchte wissen, ob auch eine vierjährige Abschreibung mit der Option einer Verlängerung gewählt werden könne. In diesem Fall müsse nach Mitteilung Herrn Zenz für die Ersatzbeschaffung mit einem Vorlauf von einem Jahr eine Vorlage gefertigt werden. Für das vorhandene Fahrzeug müsse eine Anschlussverwendung oder Aussteuerung gefunden werden.

Herr Müller-Wasmuth bedankt sich zunächst für die Bemühungen der Verwaltung um die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und fragt nach der Auswirkung eines Änderungsantrags im Hinblick auf eine vierjährige Abschreibung. Herr Zenz beantwortet diese Frage dahingehend, dass sich Herrn Zalfens Eingangsfrage auf die Nutzungsdauer bezog. Im Zusammenhang mit der Nutzungsdauer würde sich auch die Abschreibung verändern. Bezogen auf die Miete sei eine gewisse Flexibilität möglich. Das Fahrzeug verliere in den ersten Jahren deutlich mehr Wert als in den letzten vier Jahren. Um dem gerecht zu werden, müsste die Miete entsprechend angepasst werden. Ohne auf die Schnelle eine konkrete Berechnung vornehmen zu können, gehe er davon aus, dass für die Kalkulation auf sechs Jahre abgeschrieben und für vier Jahre vermietet würde.

Herr Dr. Bothe verweist auf den Antrag seiner Fraktion mit dem Ziel, die Einzeldiskussionen um die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen einmal gebündelt zu führen und mit der Sammlung von Informationen zu verbinden. Mehrfache Diskussionsrunden wie im konkreten Fall könnten so vermieden werden. Aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sei eine lange Nutzungsdauer mit die ökologischste Vorgehensweise.

Frau Bacmeister stimmt den Ausführungen Herrn Dr. Bothes zu. Die Verwaltung habe die Neuanschaffung der Fahrzeuge schlüssig begründet. Etliche Fahrzeughersteller wären bei der Produktion elektrisch betriebener Spezialfahrzeuge ziemlich vorangekommen. Sie erinnert an die Bitte, von der Verwaltung eine Übersicht über den gesamten Fuhrpark zu bekommen. Die Verwaltung habe aber mitgeteilt, dass die Erstellung der gewünschten Übersicht viel Zeit in Anspruch nehme. Dadurch fehle ihr aber die Übersicht über anstehende Ersatzbeschaffungen. Sie beantrage eine Sitzungsunterbrechung, um sich innerhalb ihrer Fraktion über die Stellung eines Änderungsantrages zu beraten.

Die Sitzung wird von 19:46 Uhr bis 19:51 Uhr unterbrochen.

Frau Bacmeister erklärt, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN verzichte auf einen Änderungsantrag.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Bürgerpartei GL)

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Ersatzbeschaffung von zwei Transportern mit Heckkipperpritsche für die Stadtreinigung. Der Bruttoauftragswert beträgt circa 140.000, --€.

Die Beschaffung erfolgt im Wege einer in-house-Beauftragung durch die EBGL GmbH. Der Abfallwirtschaftsbetrieb schließt mit der EBGL GmbH Mietverträge über die beschafften Transporter mit einer Laufzeit von acht Jahren ab. Hierzu bewilligt der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung eine Zahlungsverpflichtung des Abfallwirtschaftsbetriebs im konsumtiven Bereich für die Vertragszeiträume in einer Gesamthöhe von circa 155.000,--€ brutto (Beschluss gemäß § 5 Absatz 5 Zuständigkeitsordnung).

Die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes gemäß Ziffer 6.1 f) der Vergabeordnung erfolgte am 23.11.2020.

13. Ersatzbeschaffung eines Hochdruckspül- und Saugfahrzeugs für das Abwasserwerk
0489/2021

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst ohne Diskussion folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Ersatzbeschaffung eines Hochdruckspül- und Saugfahrzeugs für das Abwasserwerk (Bruttoauftragswert circa 476.000, --€).

Die Beschaffung erfolgt im Wege einer in-house-Beauftragung durch die EBGL GmbH, die eine europaweite Ausschreibung durchführen wird. Das Abwasserwerk schließt mit der EBGL GmbH einen Mietvertrag über das beschaffte Fahrzeug mit einer Laufzeit von acht Jahren ab. Hierzu bewilligt der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung eine Zahlungsverpflichtung des Abwasserwerkes im konsumtiven Bereich für den Vertragszeitraum in einer Gesamthöhe von circa 476.000, --€ brutto (Beschluss gemäß § 5 Absatz 5 Zuständigkeitsordnung).

14. Anregung vom 07.08.2020, Familien mit Neugeborenen und Kleinkindern kostenlose Müllsäcke für Windeln zur Verfügung zu stellen
0446/2021

Herr Samirae möchte wissen, ob tatsächlich nur zwei Restmüllsäcke pro Kind zur Verfügung gestellt werden sollen. Anhand der bekannten Daten sei durchaus eine ungefähre Kalkulation möglich. Nach einem Jahr sei dann die tatsächliche Nutzung klar.

Frau Casper schließt sich dieser Frage an. Der Vorschlag gehe am Zweck der Beratung vorbei. 25.000 € Kosten seien sehr hoch. Es solle in die Richtung gedacht werden, wie es mit den gelben Säcken gehandhabt würde. Die Mülltrennung und seine separate Entsorgung sehe sie eher positiv.

Herr Dr. Waniczek erinnert an den Antrag seiner Fraktion (TOP Ö 15.8), im Wertstoffhof eine Abgabemöglichkeit für Windeln zu schaffen. Womöglich sei es sinnvoll, vor der weiteren Diskussion über diesen Antrag abzustimmen.

Herr Zenz sieht den Vorschlag hinsichtlich der zwei Säcke mehr als Geste.

Die Versorgung von Familien mit Kindern lasse sich möglicherweise im Haushalt des Fachbereichs Jugend und Soziales darstellen.

Die Abfuhr der Windeln erfolge hauptsächlich über die Restmülltonne, deren Volumen angepasst werden müsse.

Die Entsorgung pro Sack betrage ungefähr 9 €. Diese Kosten, multipliziert mit der Zahl der Geburten, der Zahl der Familien und unter Beachtung des „Windelzeitraums“ ergebe das Kostenvolumen. Der in der Vorlage genannte Betrag beruhe auf ca. 1.200 Geburten im Jahr.

Restmüllvolumen und Gebührenaufkommen würden sinken, wenn die Windeln nicht in der Restmülltonne entsorgt würden. Im Gegensatz zum Abfallwirtschaftsbetrieb könne der Fachbereich Jugend und Soziales etwas abbilden, was gebührenrechtlich nicht zulässig sei. Die von Herrn Samirae angesprochene Kalkulation, die nur für Jahre möglich sei, sei schon deshalb schwierig, weil Anfang und Ende des Windelalters nicht absehbar seien.

Herr Zalfen erinnert daran, dass es bereits vor 16 Jahren ein Diskriminierungsverbot für Leute, die weder Kinder hätten noch inkontinent seien, gegeben habe. Der Abfallwirtschaftsbetrieb müsse eine Kostenkalkulation vorlegen, die jeden Haushalt gleichbehandelt. Kinder und Inkontinente würden nicht gesondert berücksichtigt, sondern seien einfach Haushaltsmitglieder. Auf kommunaler Ebene sehe er keine Lösungsmöglichkeit. Es sei ein rein symbolischer Akt, zwei Restmüllsäcke zur Verfügung zu stellen.

Der Besuchsdienst sei sehr wichtig. Je attraktiver das Paket sei, umso mehr Familien würden erreicht.

Frau Mohr erinnert an den Vorschlag, zwei Restmüllsäcke zusammen mit Informationen zur Müllvermeidung verpackt zu überreichen. Auch sie verweist auf den Unterschied zwischen inkontinenten Erwachsenen und zu windelnden Kleinkindern. Eltern könnten darauf hinwirken, dass Kinder nicht mehr bis ins Alter von vier oder fünf Jahren gewandelt werden. Gegen eine nette Geste gegenüber jungen Eltern sei nichts einzuwenden.

Herr Müller-Wasmuth spricht sich dafür aus, den Abfallwirtschaftsbetrieb kostengünstig und effizient aufzustellen. Der administrative Overhead wachse mit jedem gut gemeinten Antrag. Er begrüße die Vorlage, weil sie dieses Problem umgehe.

Herr Samirae erinnert an eine Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes vom 19.04.2006, wie ein solches Anliegen umgesetzt werden könnte. Auch er sei der Meinung, dass das Anliegen nicht über Gebühren, sondern aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzieren sei. Zu diskutieren sei nur die Frage, ob dem Antrag und falls ja, in welchem Umfang gefolgt würde. Er plädiere dafür, sich in anderen Kommunen Lösungen anzusehen und erst in der nächsten Sitzung eine Entscheidung zu treffen. Die erneute Prüfung könne auch eine Abgabe der Windeln beim Wertstoffhof umfassen.

Herr Zalfen verweist auf „Frühe Hilfen“, durch die in problematische Biografien möglichst frühzeitig eingegriffen werden könne. Je attraktiver ein Begrüßungspaket sei, umso eher bekomme der Besuchsdienst Zugang zu den Familien.

Frau Rickes verweist auf ein erhöhtes Aufkommen an Plastikmüll, würden rollenweise Restmüllsäcke verteilt. Dies sei im Sinne der Müllvermeidung nicht zielführend. Von der Verteilung von Unterlagen zur Müllvermeidung erhoffe sie sich, dass die Gebührenpflichtigen mit den Mülltonnen auskommen. Mit der Verteilung von zwei Säcken im Begrüßungspaket sei sie einverstanden, aber nicht mit größeren Mengen.

Frau Casper zieht den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion zurück. und beantragt stattdessen aufgrund der Freiwilligkeit die Verweisung des Antrags in den Jugendhilfeausschuss.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Auf eine Abstimmung über den Antrag wird verzichtet. Er wird in den Jugendhilfeausschuss verwiesen, der ein Konzept zur Lösung der Windelproblematik erarbeitet.

15. Anträge der Fraktionen

15.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.04.2021 - Mehr Sauberkeit in der Fußgängerzone Stadtmitte

0475/2021

Herr Zalfen begrüßt die Ausführungen der Verwaltung zu den Kosten für zusätzliche Reinigungen. Im Arbeitskreis der Ampel sei die Frage aufgekommen, ob sich die Stadt in Nachbarkommunen vergleichbarer Größe erkundigen könne, wie diese mit einem solchen Problem umgehen würden. Händler in Refrath, Bensberg und Schildgen können nicht anders behandelt werden als die Händler in der Stadtmitte. Er spreche sich für eine Vertagung aus, um die erwähnten Kontakte aufzunehmen.

Frau Casper erklärt, wegen der Nähe zur S-Bahn sei das Publikumsaufkommen in der Stadtmitte höher als in Bensberg oder Refrath. Die Kosten in Höhe von 150.000 € seien nicht nachvollziehbar. Auch den Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeugs könne sich ihre Fraktion nicht erklären. Sie bitte darum, die Vorlage nochmals zu überarbeiten und insbesondere die Kosten für einen externen Dienst wie z. B. der GL Service einzuberechnen. Zu prüfen sei auch, wie groß der Unterschied einer Reinigung samstags abends oder sonntags morgens sei. Eine neue Kalkulation könne auch Refrath und Bensberg berücksichtigen.

Vorsitzender Wagner ergänzt, selbst wenn das Vorhaben nur in der Stadtmitte umgesetzt würde, müssten alle Innenstadtbereiche mit den höheren Gebühren belegt werden. Daraus würden Überlegungen nach der Einführung einer anderen Gebührenstruktur resultieren.

Herr Ebert möchte wissen, ob in dieser Frage schon einmal Gespräche geführt worden wären. Für die Fußgängerzonen gebe es einen eigenen Reinigungstarif. Ihn interessiere, ob die Mehrkosten für die Händler im Verhältnis stünden.

Dazu erklärt Frau Casper, die ISG Stadtmitte habe sich bis vor einigen Monaten selbst darum gekümmert und ca. 5.000 € pro Jahr dafür bezahlt. Sie sei vorsichtig optimistisch, dass sich die ISG nochmals dazu bereitfände, diese Aufgabe selbst durchzuführen. Das könne aber nicht Sinn der Sache sein, da es sich bei der Fußgängerzone um einen öffentlichen Raum handele. Frau Casper wünscht, dass mit den Interessengemeinschaften der Innenstädte gesprochen würde, wie das gehandhabt würde.

Herr Dr. Waniczek vermag die erhöhten Kosten ebenfalls nicht nachzuvollziehen. Seine Fraktion habe im November 2020 eine Anfrage zur Sauberkeit in den Innenstädten gestellt. Die Verwaltung habe daraufhin mitgeteilt, dass es in dieser Hinsicht kein Problem gebe. Später sei dann das Bild eines überquellenden Mülleimers veröffentlicht worden. Würden mehr und größere Mülleimer aufgestellt, verspreche er sich sinkende Kosten, weil die Müllwerker den herumliegenden Müll nicht mehr aufsammeln müssen.

Herr Zenz erklärt, 150.000 € würden für die Reinigung aller Ortszentren angesetzt. Ausschließlich die Fußgängerzone Bergisch Gladbach zusätzlich zu reinigen erfordere eine zusätzliche Reinigungsklasse.

Herr Ebert verlässt die Sitzung um 20.33 Uhr.

Vorsitzender Wagner fasst die bisherige Beratung so zusammen, dass sich die Verwaltung nochmals mit dem Antrag befassen und darüber nachdenken möge, wie die Kosten gesenkt und auf alle Ortszentren verteilt werden können.

Frau Bacmeister möchte wissen, wer einen externen Dienstleister beauftragen würde. Sie möchte wissen, ob das auch die Stadtverwaltung mache. Diese Prüfung würde sie gerne in den Antrag einbeziehen.

Vorsitzender Wagner bittet darum, diesen Wunsch nach einer Prüfung der Dienstleister ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Müller-Wasmuth legt Wert auf die Aufnahme Herrn Zalfens Wunsch ins Protokoll, mit anderen Kommunen Kontakt aufzunehmen.

Vorsitzender Wagner bittet darüber nachzudenken, anstatt sonntags samstags am späten Nachmittag oder abends zu reinigen. Die samstägliche Reinigung könnte entsprechend verschoben werden.

15.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.2021 zu nachhaltigen Kraftstoffen für städtische Fahrzeuge
0412/2021

Herr Dr. Bothe bedankt sich für die Vorlage und begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr van Loon weist darauf hin, dass im Antrag vom Kraftstoff R33, aber nicht von Power-to-Heat die Rede sei. Geredet würde heute über konventionellem Diesel mit ungefähr 1/3-Anteil biogener Reststoffe. Das Kraftfahrtbundesamt würde dessen Einsatz nicht empfehlen. Im Ergebnis sei kein Nutzen gegeben.

Herr Dr. Bothe verweist darauf, dass R33 deshalb eine Mischung aus alternativen Kraftstoffen und fossilem Diesel sei, weil es derzeit nicht zulässig sei, an öffentlichen Tankstellen Dieselmotorkraftstoffe anzubieten, die nicht die NORM EN 590 erfülle. R33 sei die Mischung, die gerade noch verkauft werden dürfe. Ziel seien strombasierte Kraftstoffe. Dafür müsse in den nächsten Monaten Infrastruktur geschaffen werden.

Er verstehe die Vorlage als Auftrag an die Verwaltung, Verhandlungen aufzunehmen. Kurzfristig stünden keine ausreichenden Technologieoptionen zur Verfügung, um schnell etwas zu erreichen.

Herr Zalfen erinnert an einen Beschluss des Kreistages zur Ansiedlung eines Wasserstoffkompetenzzentrums auf dem Zanders-Gelände. Dabei solle es im Besonderen um die Entwicklung der Gewinnung von grünem Wasserstoff gehen.

Die heute dargestellten Ansätze seien noch nicht marktfähig.

Herr Zenz berichtet, der Flottenpartner wolle den synthetischen Kraftstoff in einer großen Runde auf den Markt bringen. Intention des Abfallwirtschaftsbetriebs sei, mit Zustimmung des Ausschusses das Thema weiter zu verfolgen und an einer öffentlich zugänglichen Tankstelle umzusetzen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit acht Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen sieben Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜRGERPARTEI GL)

Der Beschlussvorschlag wird abgelehnt.

15.3. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 25.05.2021 auf Erweiterung der Angebote des Wertstoffhofes
0450/2021

Herr Samirae begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Zenz verweist darauf, dass die Wiederverwertung z. B. von Autoreifen und Paletten Geld koste, was über die Gebühren abgebildet würde. Im Hinblick auf die Annahme von Grünabfällen verweist er auf das Kapazitätsproblem am Wertstoffhof.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich mit neun Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion BÜRGERPARTEI GL bei sechs Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Der Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL wird abgelehnt.

15.4. Antrag der AfD-Fraktion vom 28.06.2021 zum Vergleich Ersatzinvestitionen mit Instandhaltungskosten
0440/2021

Herr Dr. Waniczek begründet den Antrag seiner Fraktion und stellt klar, dass es bei den Investitionsgrenzen von 100.000 € bleiben und nicht, wie auf Seite 1 des Antrags dargestellt in 50.000 € geändert werden solle.

Herr Zalfen erinnert an eine Vereinbarung der Ampel mit der Verwaltung, eine Aufstellung des Fahrzeugparks zu bekommen. Darin solle stehen, wann was neu beschafft werden müsse und die durchschnittliche Lebensdauer. Zu den beiden heutigen Vorlagen zu Fahrzeugbeschaffungen sei eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erstellt worden. Damit sei für ihn der Antrag erledigt.

Über das Investitionscontrolling würde noch intensiver gesprochen, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung. Er halte eine Abstimmung über den letzten Satz zur Beibehaltung der bisherigen Wertgrenzen für ausreichend.

Dieser letzten Eischätzung widerspricht Herr Dr. Waniczek, da es sich nur um einen von ihm bereits abgeänderten Teilaspekt handele. Seiner Fraktion gehe es um den Vergleich einer Neuinvestition mit dem Verzicht auf eine Investition z. B. durch Reparatur und Weiterbetrieb eines Altfahrzeuges.

Frau Goyke fasst zusammen, dass die Stellungnahmen des Investitionscontrollings zur Wirtschaftlichkeitsberechnung so erstellt würden wie für die Fahrzeuge, deren Beschaffung heute beschlossen worden seien.

Herr Müller-Wasmuth ist der Auffassung, dass die Inhalte des Antrags bereits umgesetzt würden. Ihm stelle sich daher die Frage, ob über den Antrag noch beschlossen werden müsse.

Vorsitzender Wagner ist der Auffassung, über einen Antrag müsse formal abgestimmt werden.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion)

Der Antrag wird abgelehnt.

15.5. Antrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2021 - Abfallbehälter und Hundekotbeutelspender in Naherholungsgebieten
0474/2021

Gegen die Behandlung des Antrags in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses werden keine Bedenken erhoben.

15.6. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 19.07.2021 zur regelmäßigen und häufigeren Entleerung der Altkleidercontainer in Bergisch Gladbach
0485/2021

Herr Samirae erläutert die Vorlage.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt zur Kenntnis, dass dieser Antrag in der nächsten Ausschusssitzung behandelt werden soll.

15.7. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 19.07.2021 zur Einführung des städtischen Förderprogramms "Urbanes Grün"
0486/2021

Im Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung besteht darüber Einvernehmen, den Antrag wie von der Verwaltung vorgeschlagen in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses zu behandeln.

15.8. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 26.07.2021 zur kostenfreien Annahme von Einwegwindeln/Windelbeuteln am Wertstoffhof
0498/2021

Herr Samirae verweist auf die Beratung zu Tagesordnungspunkt Ö 14 und ist mit einer Vertagung des Antrags seiner Fraktion einverstanden.

Dagegen erhebt sich im Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung kein Widerspruch.

15.9. Antrag der AfD-Fraktion vom 29.07.2021 "Lokal statt Global: Pragmatische Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse und weitere Klimawandelfolgen"
0501/2021

Dieser Punkt wurde bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes Ö 1 mehrheitlich in die nächste Sitzung dieses Ausschusses vertagt.

15.10. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (FWG) vom 24.07.2021, eingegangen am 29.07.2021, zur Überprüfung der Prioritäten anstehender Baumaßnahmen im Abwasserbeseitigungskonzept
0499/2021

Auch dieser Antrag wurde unter Tagesordnungspunkt Ö 1 mehrheitlich in die nächste Sitzung dieses Ausschusses vertagt.

15.11. Antrag der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 14.08.2021 zur Errichtung von Hundekotbeutel Spendern
0504/2021

Mit Zustimmung des Antragstellers wird dieser Punkt wie in der Vorlage dargestellt während der Sitzung dieses Ausschusses am 26.10.2021 behandelt.

15.12. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2021 zum städtischen Fuhrpark
0503/2021

Herr Dr. Bothe begründet den Antrag seiner Fraktion.

Gegen den Vorschlag der Verwaltung auf Beratung dieses Antrags in der nächsten Ausschusssitzung werden keine Bedenken erhoben.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

16.1. schriftliche Anfragen

16.1.1. Anfrage der Fraktion BÜRGERPARTEI GL vom 22.03.2021 zur alten Eiche in der Frankenstraße

0418/2021

Für den Fragesteller ist Herr Samirae mit der Beantwortung einverstanden.

Vortrag der Verwaltung wird nicht gewünscht.

Damit wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

16.1.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.06.2021 zur Anschaffung von zwei städtischen Elektro-Lastenfahrrädern zum Gesamtpreis von 34.000 €
0445/2021

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

16.1.3. Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.07.2021 zur Ausschreibung des Bodenbelages (Naturstein aus Granit) für die Schloßstraße
0472/2021

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

16.1.4. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 17.08.2021 zur Regenwassernutzung und Regenwasserrückhaltung
0506/2021

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt zur Kenntnis, dass die Beantwortung der Anfrage erst in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses erfolgt.

16.2. mündliche Anfragen

Herr Müller-Wasmuth verweist auf eine Meldung eines Herrn aus der Straße Im Vogelsang, die wohl an alle Fraktionen gegangen sei. Dieser hinterfrage, warum dort alle Autos so schnell führen, obwohl dort Zone 30 sei. Dessen Hypothese sei die ungünstige Aufstellung der Zone 30-Schilder. Er bitte darum, dass sich die Verwaltung gelegentlich die Situation in diesem Bereich ansehen könne.

Der Vorsitzende, Herr Wagner, bestätigt, dass auch die CDU-Fraktion diesen Antrag bekommen habe. Er habe ihn eingescannt und Herrn Euler (Verwaltung) mit der Bitte um Stellungnahme geschickt. Er bitte Herrn Flügge darum, das mitzunehmen. Das Auf- und Verstellen von Schildern unterliege ihm nicht bekannten gesetzlichen Regelungen.

Herr Wirges führt aus, die Freie Wählergemeinschaft sei oft von Eltern der Kinder der GGS Bensberg angesprochen worden. Es gehe um den Schulweg zur Verlagerung an der Saaler Mühle. Die Frage sei, ob von der Verwaltung bereits Nachbesserungen bzgl. Laternen und Absicherung zur KVB-Linie („Trampelpfad“ Unterführung Neuenweg) erfolgt worden wären.

Herr Dekker sagt eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende, Herr Wagner, verabschiedet Presse und Öffentlichkeit und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.15 Uhr.